

Was Herr Steinbrück nicht bedenkt

Wo sollen die Schmiergelder denn hin, wenn es keine **Steueroasen** mehr gibt?

Schließen Sie die Augen. Stellen Sie sich vor, Sie hätten die Regeln für das Zusammenleben der Völker Europas und der Welt neu festzulegen, Sie hätten auch zu klären und zu bestimmen, wie die Arbeitsteilung zwischen den Völkern aussieht. Sie würden dann vermutlich nicht auf die Idee kommen zuzulassen, dass die einen für normale Löhne malochen und die anderen das Geld verwalten und daran üppig verdienen. Dass ein Land wie Irland oder die Schweiz mit niedrigen Steuern Spitzenverdiener und Unternehmen aus anderen Ländern anlocken kann, ist in einer wirklichen Gemeinschaft der Völker unvorstellbar. Dass die Luxemburger und Liechtensteiner vornehmlich das lukrative Bankgewerbe ausüben und dafür Geld von anderen abziehen, dass ein Land wie Großbritannien in London – kombiniert mit seinen Kanalinseln – ein lukratives „Casino“ betreibt und dafür einen messbaren Teil der Wertschöpfung aus anderen Ländern abzieht – grotesk.

Die Existenz von Steueroasen ist in einer Gemeinschaft von gleichberechtigten Völkern nicht akzeptabel. Deshalb ist es richtig, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Dabei hätte ich, wenn es ehrlich gemeint wäre, durchaus Verständnis für eine harte Gangart. Aber ich traue dieser Diskussion nicht. Ich fürchte erstens, dass es der Angreifer Steinbrück nicht ernst meint, dass



Albrecht Müller
war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes. Der Volkswirt arbeitet heute als freier Autor und ist Herausgeber von www.NachDenk-Seiten.de.

zweitens seine Kritiker ein breites Klientel schützen wollen, und dass drittens alle zusammen über den wichtigsten Geschäftsbereich der Steueroasen schweigen.

Zum ersten: Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Peer Steinbrück hat ein Problem in seiner Partei. Er gilt bisher gerade mal als rosa eingefärbter Sozialdemokrat. Das Thema Steueroase bietet ihm die grandiose Möglichkeit, sich im linken Teil der SPD-Anhänger herzhafte zu verankern – als Wächter der Interessen der kleinen Leute, als Rächer der Gerechten. Franz Müntefering hat ihm das vorgemacht. Dieser hatte im April 2005 gegen „Heuschrecken“ polemisiert. Das war sachlich richtig. Aber es war nicht ernst gemeint. Es folgte nach der Wahl

keine einzige Tat, etwa zur Beschränkung ihrer Steuerprivilegien. Für Steinbrück ein fantastisches Lehrstück.

Zum zweiten: Die heftigen Kritiker Steinbrücks in CDU, CSU und FDP stehen vermutlich unter Druck von einflussreichen Anhängern, die persönlich Geld in Steueroasen deponiert haben. Es wäre hilfreich, man würde das offen sagen, statt sich über die Grobheiten von Herrn Steinbrück aufzuregen.

Zum dritten, zum Verborgenen: Steueroasen haben neben der Ersparnis von Steuern auf Kapitaleinkünfte eine zweite, vermutlich viel wichtigere Funktion. Sie dienen zum Sammeln von Einkünften aus kriminellen Akten, von Schmiergeldern, unzulässigen Provisionen, von schwarzem Geld. Die konkreten Beispiele sind so zahlreich, dass der Platz nicht reicht. In Stichworten:

Siemens zahlte nach staatsanwaltschaftlichen und internen Ermittlungen Schmiergelder in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Das Geld floss über Steueroasen. Ähnlich, wenn auch in kleinerem Maßstab, wird es bei anderen Unternehmen sein, die „schmieren“ müssen, um an Aufträge heranzukommen.

Um die Höhe der Spenden für die hessische CDU zu verschleiern, wurden mehr als 17 Millionen Euro über Liechtenstein geleitet.

Ein hoher Brüsseler Beamter verwaltet einen üppigen Fonds der Europäischen Union. Sein Partner, Vermittler von Aufträgen, verschafft Unternehmen in den vom Fonds geförderten Ländern Aufträge; der Brüsseler Partner sorgt für die Subvention aus EU-Kassen; die Provision für den Vermittler und den Beamten wird selbstverständlich nicht auf das Konto in Brüssel und das Heimatkonto des Vermittlers eingezahlt. Dafür braucht man eine Steueroase, die wir sinnvollerweise Steuer- und Schmiergeldoase nennen. Ein praktisches Beispiel für vermutlich viele andere.

Die Berliner Wasserwerke wurden teilprivatisiert. Der lange geheim gehaltene Vertrag garantiert den beiden Käufern eine ansehnliche Rendite von 2 Prozent über der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger Bundesanleihen. Die Wasserpreise stiegen nach der Teilprivatisierung überdurchschnittlich. Die Provision für das Basisgeschäft der international tätigen Konzerne landet vermutlich nicht auf Konten der Berliner Sparkasse.

Viele Kommunen in Deutschland haben ihre Stadtwerke, ihre Kanalisation, ihren öffentlichen Nahverkehr usw. an US-amerikanische „Investoren“ verkauft und zurück geleast. Man nennt das Cross Border Leasing (CBL). Heute sitzen viele dieser Kommunen in der Patsche. Aber auch ohne Finanzkrise sind diese Verträge rational

nicht zu erklären. Wie kann ein Kämmerer, wie kann ein Oberbürgermeister oder ein Landrat wichtige Teile der kommunalen Infrastruktur über 1000-seitige, in englischer Sprache verfasste Verträge an ausländische Investoren verkaufen!? – Die international tätigen Investoren brauchen zum Entgelt der Verantwortlichen Schmiergeld- und Steueroasen.

Das gleiche gilt für so genannte PPP- oder ÖPP-Projekte – für Projekte der Daseinsvorsorge, die in PublicPrivate-Partnership durchgeführt und/oder finanziert werden. Wie der Bundesrechnungshof am 5. Januar feststellte, sind Zweifel an der Wirtschaftlichkeit dieser Modelle angebracht. Aber sie laufen weiter. Massiv gefördert von der Bundesregierung, in der Verantwortung des Bauministers Tiefensee und gefördert vom Bundesfinanzminister Steinbrück. Ohne Koalitionskrach überrigens, denn darüber schwebt wohlwollend drein schauend auch Angela Merkel und die Union.

Auch dies bestätigt übrigens die Vermutung, dass die Kampagne unseres Bundesfinanzministers gegen Steueroasen allenfalls im Ansatz ernst gemeint ist. Er müsste sofort alle Privatisierungsmaßnahmen stoppen, wenn er vermeiden wollte, dass die Schmiergeld- und Steueroasen weiter gefüttert werden. Wo sollen die Schmiergelder denn hin, wenn es keine Steueroasen mehr gibt?